

ULRICH TEUSCH

**DER
KRIEG
VOR
DEM
KRIEG**



WESTEND

Wie Propaganda
über Leben und Tod
entscheidet

WESTEND

Ulrich Teusch

DER KRIEG VOR DEM KRIEG

Wie Propaganda
über Leben und Tod entscheidet

WESTEND

Mehr über unsere Autoren und Bücher:

www.westendverlag.de

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



ISBN: 978-3-86489-243-1

© Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2019

Umschlaggestaltung: Buchgut, Berlin

Satz: Publikations Atelier, Dreieich

Druck und Bindung: CPI – Clausen & Bosse, Leck

Printed in Germany

Inhalt

Vorwort	7
Alle Optionen liegen auf dem Tisch	10
Kriegspropaganda – davor, dabei, danach	16
Permanenter Krieg und Kriegspropaganda in Permanenz	20
Alter und neuer Kalter Krieg	24
Der Erste Weltkrieg und die zehn Prinzipien der Kriegspropaganda	31
Massentäuschungswaffen und Massenzerstreuungs- waffen	38
Wer die Macht über die Geschichte hat, Teil 1: Deutschland	48
Zweierlei Maß: Israel und Russland	59
Wer die Macht über die Geschichte hat, Teil 2: USA	76
Die Kriegsverkäufer	104
Die Propagandamacher	116
Der »Permanent War Complex«	128

Krieg, Zensur, Repression – damals und heute	139
Erkundungen am medialen Abgrund	157
Was auf dem Spiel steht – der Kampf um die Tatsachenwahrheit	179
Systemkrise und propagandistischer Amoklauf	189
Anmerkungen	196
Literatur	217
Personenverzeichnis	221

Vorwort

Unsere angeblichen Leit- und Qualitätsmedien erwecken den Eindruck, die Meinung der Herrschenden sei die herrschende Meinung. Es gehört sogar zu den vornehmsten Aufgaben besagter Medien, diese Illusion zu erzeugen und aufrechtzuerhalten. Es ist gewissermaßen ihr Kerngeschäft – sind sie doch die Medien der Herrschenden. Noblesse oblige.

Die etablierten Medien, so hatte ich vor drei Jahren prognostiziert¹, werden weder durch Liebesentzug (sinkende Auflagen und Quoten) noch durch gediegene Medienkritik von ihrem manipulativen Tun und ihrem selbstzerstörerischen (Dis-) Kurs abzubringen sein. Sie werden weiterhin wichtige Nachrichten absichtsvoll unterdrücken, Informationen einseitig gewichten oder mit einem Spin versehen, mit zweierlei Maß messen, interessengeleitete Narrative konstruieren, gelegentlich Kampagnen fahren oder sich für handfeste Propaganda hergeben.

Ich muss einräumen, dass meine damalige Prognose auch einen Schuss Zweckpessimismus enthielt. Klammheimlich hatte ich gehofft, Unrecht zu haben und eines Besseren belehrt zu werden. Der sich seit 2013/14 aufbauende medienkritische Druck, der »Aufstand des Publikums«, konnte doch nicht einfach verpuffen, sagte ich mir, er musste doch irgendeine positive Wirkung erzielen. All die kritischen Bücher, Artikel, Leserforen, Diskussionsrunden! Vielleicht ließen sich einzelne Journalisten, sogar einzelne Medien ja doch bei ihrer Ehre packen? Vielleicht würden sie sich an die eigene Nase fassen? Ein Signal des Aufbruchs senden? »Ja, wir haben verstanden. Spätestens ab morgen machen wir – richtigen Journalismus!« Oder so ähnlich.

Nichts dergleichen geschah. Nichts dergleichen war zu erwarten. Es ging einfach weiter wie gehabt.

Heute können wir einen Schlusstrich ziehen und die wesentliche Erkenntnis festhalten: Wir haben es mit Medien zu tun, die nicht reformierbar sind. Sie sind ins gegebene Macht- und Herrschaftssystem integriert. Sie sind nicht das, was sie zu sein vorgeben. Nein, sie sind keine »vierte Gewalt«. Nein, sie schaffen keine umfassende Informationsgrundlage, die uns eine unabhängige Urteilsbildung ermöglichen würde. Nein, sie organisieren keinen offenen und ehrlichen gesellschaftlichen Diskurs. Nein, sie sind nicht Ihre oder meine Anwälte. Es ist genau umgekehrt: Im Zweifelsfall, wenn es ernst wird, wenn es darauf ankommt, dienen sie den etablierten Mächten, in deren Besitz oder unter deren Kontrolle sie sich befinden. Und sie verschleiern diese Tatsache oder machen sich selbst etwas vor.

Vor diesem Hintergrund gilt: Wir sollten Medienkritik zwar auch weiterhin nicht vernachlässigen; sie kann vor allem uns, die Rezipienten, dabei unterstützen, die Mechanismen der Beeinflussung und Manipulation zu durchschauen. Aber wir sollten uns von der Vorstellung befreien, dass Kritik am Journalismus, an den Medien, am Mediensystem etwas Grundlegendes ändern könnte. Das tut sie nicht. Wohl aber kostet sie uns viel Zeit, Kraft und Nerven. Der Aufwand steht in einem Missverhältnis zum Erfolg. Ist es sinnvoll, uns Tag für Tag an dem abzuarbeiten, was uns *Spiegel* und *Zeit*, *FAZ* und *Süddeutsche*, ARD und ZDF vorsetzen? Nein. Wir sollten viel öfter dankend ablehnen, wenn sie uns wieder einmal zum Tänzchen auffordern. Wir sollten unsere eigenen Themen setzen. Unser Ideal sollte sein: Nicht wir befassen uns mit den Medien, sondern die Medien befassen sich mit uns. Wir sind das Volk. Wir bestimmen die Agenda. Das klingt populistisch, steht aber so im Grundgesetz. Auch für ein solches Projekt braucht es natürlich Medien, allerdings solche, die wir selbst besitzen oder kontrollieren. Gegen das etablierte Mediensystem, gegen die »Systemmedien« helfen nur antisystemische Medien. Einige gibt es schon (in Deutschland etwa die *NachDenkseiten*, *Telepolis*, *Rubikon*, *KenFM*, *German Foreign Policy*). Je mehr es werden, desto besser.

In diesem Buch geht es um kriegsvorbereitende Propaganda im weitesten Sinn. Auch da wird von Medien die Rede sein. Von Medien, die den Krieg herbeireden oder -schreiben, von Medien, die

den äußeren und inneren Frieden aufs Spiel setzen. Die historische Erfahrung lehrt: Kriegstreiber haben von den etablierten Medien viel (bis alles) zu erwarten, Kriegsgegner wenig (bis nichts). Wer das für eine zu pauschale Aussage hält, mag sich die Frage stellen: Wann je haben Medien einen Krieg verhindert oder dies auch nur erkennbar versucht, indem sie die herrschenden Kriegsvorwände oder -begründungen einer rigorosen Prüfung unterzogen? Und umgekehrt: Wie oft haben Medien durch tendenziöse, emotionalisierende Berichterstattung und Kommentierung »für den Krieg gesorgt« (William Randolph Hearst)? Wie oft haben sie jene gesellschaftliche Sportpalast-Atmosphäre erzeugt, die ihn erst möglich machte?

Sicher, es gibt ein paar Ausnahmen. Sie sind rühmlich, keine Frage. Aber sie sind bloß Ausnahmen von der Regel.² Im Kampf gegen den Krieg, im Kampf für den Frieden ist auf die Medien der Herrschenden kein Verlass. Verlassen können wir uns nur auf uns selbst.

Alle Optionen liegen auf dem Tisch

Mit der National Defense Strategy des Jahres 2018 haben die USA nach 17-jähriger Konzentration auf den »Krieg gegen den Terror« ihr Blickfeld erweitert und nach neuen Feinden Ausschau gehalten. Vier Staaten kommen als Kriegsgegner infrage, zunächst Russland und China, sodann die Nuklearmacht Nordkorea und der konventionell gerüstete Iran.¹

Schon kurz vor Weihnachten 2017 hatte General Robert B. Neller, Kommandant des U.S. Marine Corps, von einem sich abzeichnenden großen kriegerischen Konflikt gesprochen.² Generalleutnant Ben Hodges wiederum, von 2014 bis 2017 Oberkommandierender der US-Landstreitkräfte in Europa, prognostizierte am 24. Oktober 2018 vor einem Sicherheitsforum in Warschau, dass es innerhalb der nächsten 15 Jahre zu einem Krieg zwischen den USA und China kommen werde.³ Der chinesische Präsident Xi Jinping hat die Botschaft vernommen. Gegenüber Militärs des Southern Theatre Command (in dessen Zuständigkeit das Südchinesische Meer fällt) erklärte er, China müsse besser als bisher auf Krieg vorbereitet sein, da die Spannungen mit den USA sich verstärkten.⁴

Mitte Oktober 2018 hatte US-Präsident Donald Trump angekündigt, aus dem 1987 von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow abgeschlossenen INF-Vertrag auszusteigen; er verbietet den USA und Russland die Produktion und Dislozierung landgestützter nuklearer Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5500 Kilometern. Einige Tage später erwiderte Russlands Präsident Putin in Moskau: Sollten die USA in Europa erneut Mittelstreckenraketen stationieren, würden die europäischen Staaten sich des Risikos eines russischen Gegenschlags aussetzen. In den vergangenen Jahren hatte Putin wiederholt Mahnungen dieser

Art ausgesprochen, zum Beispiel gegenüber jenen europäischen Staaten, die das amerikanische Raketenabwehrsystem installierten (also Rumänien und Polen). Durch diese Entscheidung würden sie zwangsläufig ins russische Fadenkreuz geraten, sagte er.

Andrej Beloussow, ein hoher Repräsentant des russischen Außenministeriums, gab derweil Folgendes zu Protokoll:

»Kürzlich bei einem Treffen stellten die USA fest, dass Russland sich auf Krieg vorbereite. Ja, Russland bereitet sich auf Krieg vor, ich kann das bestätigen. Ja, wir bereiten uns vor, unser Heimatland, unsere territoriale Integrität, unsere Prinzipien, unsere Werte, unser Volk zu verteidigen. Wir bereiten uns auf so einen Krieg vor.

Aber es gibt einen wichtigen Unterschied zwischen uns und den USA. Sprachlich liegt der Unterschied in nur einem Wort, sowohl im Russischen wie im Englischen. Russland bereitet sich auf einen Krieg vor, während die Amerikaner einen Krieg vorbereiten.«⁵

Vor dem Waldai-Klub, einem alljährlich stattfindenden Forum von russischen und ausländischen Journalisten, Politikern und Wissenschaftlern, erinnerte ein leicht gereizter Wladimir Putin in Sotschi (18. Oktober 2018) an eine alte Erkenntnis aus dem ersten Kalten Krieg (»Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter«), bediente sich aber einer ungewöhnlich drastischen Sprache: »Jeder Aggressor sollte wissen, dass Vergeltung unausweichlich ist und dass er vernichtet werden wird. Und da wir die Opfer seiner Aggression sein werden, werden wir als Märtyrer in den Himmel eingehen. Sie werden einfach verrecken und nicht einmal Zeit haben, zu bereuen.«⁶

Am 2. Oktober 2018 wiederholte die NATO-Botschafterin der USA, Kay Bailey Hutchison, den Vorwurf ihrer Regierung, Russland verletze den INF-Vertrag. Moskau bestreitet die Vorwürfe und kontert sie schon seit Längerem mit der Aussage, dass die USA selbst den INF-Vertrag verletztten. Statt nun die Kontroverse auf dem dafür vorgesehenen Weg auszutragen – also die Special Verification Commission damit zu beauftragen –, drohte Hutchison kurzerhand mit Krieg. Sollte Moskau die (angebliche) Dislozierung

nicht stoppen, würden die USA die Raketen militärisch zerstören, bevor sie einsatzfähig sind. Der Publizist Justin Raimondo, verantwortlich für das renommierte Portal Antiwar.com, war ob dieser Aussage derart erschüttert, dass er die sofortige Entlassung der Botschafterin forderte. »Wie verrückt-dumm muss man sein, um auf ein Podium zu steigen und Russland einen militärischen Präventivschlag anzudrohen?«, fragte Raimondo, um dann hinzuzufügen: »Man muss nicht Hutchison sein, aber es hilft.« Er wollte nicht glauben, dass es neuerdings in den Kompetenzbereich einer amerikanischen NATO-Botschafterin fällt, mal eben so Russland den Krieg zu erklären. Wenn das Schule macht, spottete er, dann werden wir demnächst erleben, dass der Generalpostmeister die Invasion Irans anordnet.⁷

Bereits am 28. September 2018 hatte US-Innenminister Ryan Zinke vorgeschlagen, die Navy des Landes könne eine Blockade gegen den russischen Energiehandel verhängen und so dafür sorgen, dass die russischen Energielieferungen ihre Zielmärkte nicht erreichen. Ist Zinke bewusst, dass eine Maßnahme dieser Art ein feindlicher Akt wäre und von der Gegenseite mit Gewalt beantwortet werden würde?

Trident Juncture, das größte Militärmanöver der NATO seit 2002, fand vom 25. Oktober bis zum 7. November 2018 in unmittelbarer Nähe zur russischen Westgrenze statt – aus russischer Sicht eine Provokation. Mitunter wird in diesem Zusammenhang von westlichen Beobachtern entlastend darauf hingewiesen, dass ja auch Russland große Militärübungen durchführe. Kurz vor Trident Juncture sei das Wostok-Manöver über die Bühne gegangen, das größte seiner Art seit Ende des Kalten Krieges. Der feine Unterschied: Während das westliche Manöver direkt an die russische Grenze gelegt wurde, fand Wostok im Osten Russlands statt, weit entfernt vom NATO-Territorium.

Anders als in den westlichen, insbesondere den amerikanischen Medien, wird in Russland die Möglichkeit eines Krieges mit den USA beziehungsweise der NATO immer wieder thematisiert – verbunden mit der Frage: Sollten sie wirklich so wahnsinnig sein, uns anzugreifen, obwohl sie doch wissen müssen, dass dies ihre eigene Vernichtung bedeuten würde? In der US-Bevölkerung spielen Be-

fürchtungen dieser Art keine oder eine allenfalls untergeordnete Rolle. Etwas anders sieht es bei jenen Amerikanern aus, die zu den unmittelbar Betroffenen eines Krieges gehören könnten. Das US-Magazin *Military Times* veranstaltete im Herbst 2018 unter seinen Lesern, die aktiven Militärdienst leisten, eine anonyme Umfrage. 46 Prozent der Teilnehmer glaubten, dass die USA innerhalb des nächsten Jahres (also 2019) in einen neuen Krieg eintreten würden. Das ist ein drastischer Anstieg gegenüber einer entsprechenden Umfrage im Jahr davor. 2017 waren lediglich fünf Prozent der Meinung, ein Krieg stehe an.⁸

Parallel zu alledem liefen und laufen die üblichen und mutmaßlich koordinierten Angriffe wegen angeblichen russischen oder chinesischen Fehlverhaltens.⁹ Am 4. Oktober 2018 zum Beispiel – vor dem Hintergrund eines NATO-Gipfels, auf dem die USA einen verschärften Cyberkrieg gegen Russland verlangten – erhoben Großbritannien und auch die Niederlande Spionagevorwürfe gegen den russischen Militärsicherheitsdienst (GRU). Er habe die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) ausspioniert, ebenso das britische Außenministerium. Zudem habe Russland europäische und amerikanische Wahlen beeinflusst und die Anti-Doping-Agentur WADA gehackt. Auch das US-Justizministerium erhob neue Anklagen gegen angebliche GRU-Agenten.

Zeitgleich wurde eine ganz ähnliche Kampagne gegen China losgetreten. Die Zeitschrift *Bloomberg Businessweek* verbreitete eine Geschichte, der zufolge chinesische Firmen Hardware manipuliert hätten, die sie für die US-Firma SuperMicro produzierten und die dann an Apple, Amazon und andere für deren Cloud-Server-Geschäfte verkauft wurde.

Ebenfalls am 4. Oktober hielt US-Vizepräsident Mike Pence im Hudson Institute eine ungewöhnlich feindselige Rede gegen China, in der er dem Land vorwarf, eine Schuldendiplomatie zu betreiben. Pence warnte andere Länder davor, sich mit China einzulassen. China wolle Entwicklungsländer von sich abhängig machen, indem es sie in die Falle locke. In dieselbe Kerbe schlug Außenminister Mike Pompeo, als er am 18. Oktober behauptete, Chinas Investitionen in Lateinamerika seien Neokolonialismus, seine Kredite an afrikanische Länder allesamt »Schuldenfallen«.¹⁰

Auch ein neuer und umfangreicher Pentagon-Bericht schürte Angst vor China. Eine seiner Erkenntnisse lautet, dass China ein erhebliches und wachsendes Risiko für die Lieferung von Materialien und Technologien darstelle, die von strategischer Bedeutung für die nationale Sicherheit der USA seien.¹¹ Unabhängige Beobachter wie der Politikwissenschaftler Michael T. Klare sehen allerdings andere Gründe für den US-Unmut über China. Es sei vor allem der »Made in China 2025«-Plan, der die USA aufbringe: eine ambitionierte Strategie, ein chinesischer Sprung nach vorn in technologischen und technischen Schlüsselsektoren wie der Künstlichen Intelligenz oder der Robotik. Trump & Co., so Klare, seien entschlossen, diesen Plan zu sabotieren. Statt sich einer offenen Konkurrenz zu stellen (und diese gegebenenfalls zu verlieren), sähen sie das quantitative und qualitative Wachstum Chinas als Bedrohung des bisherigen Status der USA, den sie nicht kampflos aufzugeben bereit seien. Die große Gefahr sieht Klare darin, dass die USA diesen Kampf nicht mit gleichen Mitteln austragen, sondern auf die einzige Ebene verlagern werden, auf der sie noch Maßstäbe setzen: die militärische.¹²

China und Russland stehen zwar im Fokus der USA, aber sie sind nicht allein. Als George W. Bush einst die Achse des Bösen ausrief, wussten die betroffenen Regierungen Irans, des Iraks und Nordkoreas, was die Stunde geschlagen hatte. Die Achse des Bösen war ein scharfes Geschütz (ähnlich wie die Dämonisierung der Sowjetunion als Reich des Bösen durch Ronald Reagan). Manchmal reicht es schon, wenn die USA eine andere Regierung als »Regime« bezeichnen. Kennern der Lage ist dann klar, dass es vom »Regime« zum »Regime Change« nur ein kurzer Weg ist.¹³ Geradezu alarmierend aber war die Äußerung des Sicherheitsberaters John Bolton am 1. November 2018 in Miami. Da fasste er die Länder Venezuela, Nicaragua und Kuba zu einer »Troika der Tyrannei« zusammen (eine offenkundige Reminiszenz an die »Achse des Bösen«). Es habe sich, so Bolton weiter, ein »Dreieck des Terrors« gebildet, »das sich von Havanna über Caracas bis Managua erstreckt«.¹⁴ Schon 2015 hatte Barack Obama Venezuela aufs Korn genommen, das Land als außerordentliche Sicherheitsbedrohung für die USA bezeichnet und Sanktionen verhängt. Trump hat die Sanktionen in-

zwischen verschärft. Kuba ist schon seit über einem halben Jahrhundert sanktionserprobt, gegen Nicaragua sind entsprechende Maßnahmen auf den Weg gebracht. Unilaterale Sanktionen, die vor allem die normale Bevölkerung treffen und diese gegen die Regierung aufwiegeln sollen, sind eine Form der kollektiven Bestrafung, die sowohl gegen die UN-Charta als auch gegen die Charta der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) verstößt.¹⁵

Fast alle hier aufgeführten Aussagen, Ereignisse und Entwicklungen datieren aus dem Herbst 2018, aus den Monaten Oktober und November. Was danach geschah, konnte ich wegen des fälligen Redaktionsschlusses für dieses Buch nur noch sporadisch registrieren: beispielsweise den ukrainisch-russischen Zwischenfall in der Straße von Kertsch, das Kidnapping von Meng Wanzhou, der stellvertretenden Vorsitzenden des chinesischen Huawei-Konzerns, durch kanadische Behörden¹⁶, oder das Aufheulen der üblichen Verdächtigen angesichts von Trumps Entscheidung, die völkerrechtswidrige Einmischung der USA in Syrien zu beenden.¹⁷

Was erwartet uns 2019 und danach? Politiker, Diplomaten, Militärs, Journalisten reden wieder ganz offen über Krieg. Auch über den ganz großen Krieg. Es ist gespenstisch, beängstigend. Alle Optionen, so scheint es, liegen auf dem Tisch.